

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 15.12.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:21 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärgel
Herr Olaf Wuttke

1. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Frau Jutta Kross
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende
2. stellv. Stadtpräsidentin



FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek
Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Jugendbeirat

Frau Marieke Leidner

Jugendbeirat

Seniorenbeirat:

Frau Maike Harder

Vertreterin für Hr. Helms

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch

Umweltbeirat

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Robert Bartels
Herr Rolf Jagemann
Herr Klaus Lieberknecht
Herr Jörg Raabe

zu TOP 7

Personalratsvorsitzender, zu
TOP 7
Bürgermeister

Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Herr Burkhard Springer
Herr Ralf Waßmann
Frau Martina Weisser

zu TOP 6 u. 7

Schriftführerin

Stadtwerke:

Herr Adam Krüppel

zu TOP 5

Um 19.00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Kloevekorn alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch die Anwesenheit von 31 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Damit kann diese zunächst wie nachfolgend aufgeführt behandelt werden. Herr Kloevekorn merkt an, dass ggf. die Öffentlichkeit auszuschließen sein wird, falls unter den TOP 9 und 10 noch Redebedarf bestehen sollte. Bisher ist zu diesen TOP weder aus den Reihen der Ratsmitglieder noch von der Verwaltung ein Redebedarf angekündigt.

T A G E S O R D N U N G

1.) Einwohnerfragestunde

2.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom
17.11.2016

- 3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
- 4.) Antrag des Seniorenbeirates an den Rat der Stadt Wedel
hier: Buslinie 289
- 5.) Kündigung der Beteiligung und Austritt aus der Energie-, Einkaufs- und Service GmbH (EEG)
- 6.) Kindertagesstätten in Wedel
Planungskosten für eine neue Einrichtung
- 7.) Haushalt 2017
 - 7.1 Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2017
 - 7.2 Anträge
 - 7.3 Haushaltssatzung 2017
- 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 8.2 Sonstige mündliche Mitteilungen
 - 8.3 Schriftliche Anfragen
 - 8.4 Mündliche Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 9.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 34. nichtöffentlichen Sitzung vom 17.11.2016
- 10.) Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 10.2 Sonstige mündliche Mitteilungen
 - 10.3 Schriftliche Anfragen
 - 10.4 Mündliche Anfragen

öffentlich

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Neubau Kita Katholische Kirche

Ein Einwohner, Herr Hasebank, fragt, ob die Verwaltung bei ihren Kita-Bedarfsberechnungen hat berücksichtigt hat, dass Krippenkinder irgendwann größer

werden und in die Elementargruppen wechseln müssen, ergo also weitere als die vorhandenen Elementargruppen nötig werden. Der Fragesteller fragt weiter, ob die Kinder auch bei der späteren Beschulung berücksichtigt werden.

Herr Springer antwortet, dass derartige Umstände selbstverständlich berücksichtigt werden. Gegenüber der neu geplanten Kita liegt bereits eine Kita der Katholischen Kirche, die Elementarkinder aufnehmen kann. Der Schulentwicklungsplan berücksichtigt alle Wedeler Kinder, die irgendwann in die Schulpflicht gelangen.

Buslinie 289

Frau Vogel, Anwohnerin im Moorweggebiet, beklagt die Taktung der Buslinie 289. Es ist insbesondere älteren Bürgerinnen und Bürgern nicht möglich, aufgrund der nur kurzen Zeit zwischen Ankunft am Bahnhof und Abfahrt der S-Bahn die Bahn zu erreichen. So müssen die Senioren oft lange Wartezeiten bis zur nächsten Bahn in Kauf nehmen bzw. ebenso, bis zum nächsten Bus zurück ins Moorweggebiet. Sie möchte wissen, weshalb die Zeiten so knapp bemessen wurden.

Der Stadtpräsident verweist auf den Antrag des Seniorenbeirates unter TOP 4, der sich genau dieses Thema aufgreift.

Herr Schmidt antwortet, dass die Stadtpolitik hier nichts ausrichten kann, es kann allenfalls in Gesprächen mit dem HV V appelliert werden, auf derartige Umstände Rücksicht zu nehmen. Allerdings, so der Bürgermeister, muss man wissen, dass eine Takterweiterung in Wedel Auswirkungen auf Anschlüsse bis an das andere Ende von Hamburg haben können. Er spricht das im Übrigen bekannte Thema aber gerne noch einmal beim HVV an. Entscheiden kann die Stadt Wedel aber gar nichts.

Sturmflut

Der Einwohner Herr Pflüger führt aus, dass die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen das „Forum Tideelbe“ gegründet haben. Ist Wedel als betroffene Stadt an der Elbe auch Mitglied?

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt Wedel nicht Mitglied in dem Forum ist. Das ist auch in Ordnung, da für den Küstenschutz die Länder und nicht die Städte und Gemeinden der Länder verantwortlich sind.

Gesetze

Herr Pflüger fragt zum wiederholten Mal, ob sich Rat und Verwaltung an Recht und Gesetz halten müssen.

Herr Schmidt antwortet, dass das selbstverständlich der Fall ist. Er kündigt gegenüber Herrn Pflüger zu Protokoll an, dass er diese Frage zukünftig nicht mehr beantworten werde, da Herr Pflüger diese Frage bereits sehr oft in den Einwohnerfragestunden des Rates gestellt habe und die Frage auch immer gleich mit „Ja“ beantwortet worden ist.

Wedeler Au

Herr Pflüger stellt eine Frage zum Planfeststellungsverfahren. Er möchte wissen, ob Gelder für die Wedeler Au zweckbestimmt verwendet werden.

Herr Schmidt antwortet, dass er den Sinn der Frage nicht verstanden habe und daher nicht antworten könne. Der Stadtpräsident bittet, die Frage zu Protokoll schriftlich abzugeben. (Anmerkung der Verwaltung: Die Frage wurde nicht abgegeben).

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

2.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 17.11.2016

Beschluss

Das Protokoll wird bei 1 Enthaltung und 30 Ja-Stimmen genehmigt.

3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Die Fraktionsvorsitzenden Frau Jacobs-Emeis und Herr Kissig tragen ihre jeweiligen Anträge vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat entsendet in die Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein Herrn Manfred Eichhorn als Nachfolger für das zurückgetretene Mitglied der SPD Herrn Hannes Weber.

Der Rat wählt als

3. stellv. Mitglied für die CDU in den Planungsausschuss Herrn Wolfgang Dutsch als Nachfolger für Herrn Oliver Kusber,

5. stellv. Mitglied für die CDU in den Planungsausschuss Herrn Oliver Kusber als Nachfolger für Frau Ingeborg Dehn.

**4.) Antrag des Seniorenbeirates an den Rat der Stadt Wedel
hier: Buslinie 289**

Frau Harder vom Seniorenbeirat trägt den Antrag und die Begründung vor. Beides ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Schmidt bittet um eine kleine Änderung in der Formulierung des Antrages wie folgt: „Der Bürgermeister sorgt dafür, dass...“ ist zu ändern in „...tritt dafür ein, dass...“.

Wie bereits unter TOP 1 ausgeführt, kann der Bürgermeister der Stadt Wedel nichts entscheiden oder bestimmen, sondern lediglich dafür eintreten und für eine Änderung appellieren.

Der Stadtpräsident schlägt vor, den Antrag m.d.B. um Gesprächsaufnahme mit dem HVV direkt an die Verwaltung zu verweisen. Hiermit erklärt sich Frau Harder einverstanden.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Antrag wird an die Verwaltung weitergeleitet.

**5.) Kündigung der Beteiligung und Austritt aus der Energie-, Einkaufs- und Service GmbH (EEG)
Vorlage: BV/2016/147**

Nachdem Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses die Beschlussvorlage vorgetragen hat, beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftsvertreter wie folgt zu beschließen:

Die Stadtwerke Wedel GmbH kündigt die Beteiligung an der Energie-, Einkaufs- und Service GmbH (EEG) zum 31. Dezember 2017.

**6.) Kindertagesstätten in Wedel
Planungskosten für eine neue Einrichtung
Vorlage: BV/2016/142**

Herr Barop als Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Soziales trägt die Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

**Der Rat beschließt, für Planungskosten einer neuen Kindertagesstätte auf dem Grundstück Feldstraße der katholischen Kirchengemeinde St. Marien 100.000 € bereitzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel nach Planungsfortschritt auszuzahlen.
Die im Haushalt 2016 bereitgestellten Investitionsmittel unter dem Titel „Neue Kita Fröbel“ werden entsprechend umgewidmet.**

7.) Haushalt 2017

Der Stadtpräsident verkündet, dass sich der Ältestenrat darauf geeinigt hatte, vor Beratung des Stellenplanes, der Anträge und der Haushaltssatzung die Haushaltsreden zu halten.

Herr Schmidt beginnt. Seine Rede ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Es folgt die Haushaltsrede Herrn Dr. Bakans für die WSI-Fraktion, die ebenfalls dem Protokoll als Anlage beigelegt ist. Anschließend hält Herr Dr. Murphy die Haushaltsrede für die Linke-Fraktion. Auch seine Rede ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Es folgen die Reden Frau Koschorreks für die FDP-Fraktion und Frau Jacobs-Emeis für die SPD-Fraktion. Beide Reden sind ebenfalls Anlage des Protokolls.

Jetzt erteilt der Stadtpräsident Herrn Wuttke für die Grüne-Fraktion das Wort.

Herr Wuttke beginnt seinen Redebeitrag damit, dass er mit Freuden zur Kenntnis nehmen könne, dass die FDP einmal wieder einem Haushalt zustimmen will.

Als erstes aber gilt sein Dank Herrn Scholz und seiner Mann- bzw. Frauschaft für die Arbeit am Haushaltsentwurf und die Bereitschaft, jederzeit Fragen der Rats- und Ausschussmitglieder zu beantworten.

„Ich baue keine künstliche Spannung auf, sondern nehme das Ende vorweg“, so Herr Wuttke. Anders als manch andere Fraktion stimmen wir Grünen - schon wieder - einem Haushalt zu. Wir halten die Konsolidierung der städtischen Finanzen ebenfalls für richtig, wenngleich wir der numerischen Finanzzielfestschreibung -1 Mio. Überschuss pro Jahr- und der daraus abgeleiteten Selbstverpflichtung, Deckungsvorschläge stets aus demselben Fachbereichs-Teilhaushalt zu kompensieren, kürzlich nicht unser Ja-Wort gegeben hatten. Diese Million darf aber nicht wie ein Popanz an die Wand - oder wie der Gessler'sche

Hut auf die Stange - gehängt werden, vor alle darf diese Selbstverpflichtung nicht zu Unflexibilität bei inhaltlich richtigen und wichtigen Mehrforderungen führen.

Ein grüner Haushalt hätte ganz sicher anders ausgesehen und andere Schwerpunkte gesetzt, namentlich im Bereich Verkehr bei ÖPNV, Rad- und Fußwegen, bei Umwelt- und Klimaschutz und in der Wohnungsbaupolitik. Hier hätten die Grünen sich hinsichtlich einer 30%tigen öffentlichen Wohnungsbauförderung gerne durchgesetzt und nicht lediglich 16-23% hingenommen. Auch bei der Stadterhaltung und auf der Einnahmeseite hatten die Grünen andere Vorstellungen. Es ist sicher kein Geheimnisverrat, wenn man feststellt, dass Wedel als ein Gebiet für teure Wohnungen bezeichnet wird. Dieses scheint allerdings für teure Gewerbebauten z.B. auf dem BusinessPark-Elbufer-Gelände nicht zu gelten. So schön es auch sein mag, wenn jemand jetzt die ersten Bauten auf dem Gelände errichten möchte, so muss doch auf eine marktgerechte Festsetzung der Verkaufspreise geachtet werden.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltes und des Stellenplans enthält aber auch viel Positives, so Herr Wuttke, wie z.B. für KiTas und Schulen, für den Bau von Flüchtlings- und Wohnungslosen-Unterkünften und die Schaffung einer Klimaschutzmanager-Stelle. Erfreulich ist, dass der Haushaltsentwurf ohne finanzielle Zusatzbelastungen für Wedeler auskommt. Anders als in zurückliegenden Jahren gibt es keine Erhöhung von Gebühren, Grund- oder Hundesteuern.

Ein Wort zum Schluss, so Herr Wuttke zu dem „berühmten“ und inzwischen litanehaft herbeigebeteten "Geist von Neumünster". Manche Geister sind arg flüchtige Wesen. Die Älteren werden erinnern, dass bspw. der deutschlandweit viel berühmtere "Geist von Spiez" ein extrem kurzes Haltbarkeitsdatum hatte - er war bereits im Spätsommer 1954, kurz nach Ende der WM in der Schweiz, wieder verflogen. Und manche Geister, die man rief, wird man - das lehrt uns der Klassiker - selbst dann nicht wieder los, wenn sie mehr Schaden als Nutzen anrichten. Die Grünen setzen daher mehr auf den Verstand und hoffen zumindest auf einen sehr flexiblen Geist von Neumünster.

Die Grünen werden dem Haushalt zustimmen.

Zum Schluss folgt die Haushaltsrede der CDU-Fraktion, die Herr Kissig vorträgt. Diese Rede ist auch Anhang des Protokolls.

Es folgen keine weiteren Wortbeiträge.

7.1.) Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2017

Vorlage: BV/2016/121

Herr Dr. Bakan trägt die Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2017 mit den Änderungsempfehlungen zu den Stellen 1-408-22, 1-408-71A, 1-408-73 und 2-10.

7.2.) Anträge

Herr Wuttke trägt den Antrag vor. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Dieser B-Plan, so Herr Wuttke, sollte seitens der Verwaltung vorübergehend beerdigt werden. Die Verwaltung hatte in einer der letzten Planungsausschusssitzungen erklärt, sie würde nur weiter planen, wenn die Gelder zur Verfügung ständen,



aufgrund der Bearbeitung von anderen B-Plänen würde es auch nur langsam voran gehen.

Nahezu alle Fraktionen haben aber die Bedeutung und die Wertigkeit dieses Weges für die Wedelerinnen und Wedeler erkannt, so Herr Wuttke. Deshalb haben die Grünen hier und heute den Antrag gestellt. Die Verwaltung soll planen können, weil ein Ratsbeschluss vorliegt.

Herr Eichhorn erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese auch hinter dem Projekt stehe, aber trotzdem beantragt er jetzt:

Antrag

Der Antrag der Grüne-Fraktion wird in den Fachausschuss verwiesen.

Herr Eichhorn begründet den Antrag damit, dass der Geist von Neumünster zu einem großen Einvernehmen unter den Fraktionen geführt hatte, wonach für jede Ausgabe, die eine Fraktion wünscht, auch eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen werden müsse. Und genau das haben die Grünen zu ihrem Antrag nicht getan. Es soll einmal wieder die Verwaltung eine Lösung finden. Außerdem, so Herr Eichhorn, haben noch immer nicht alle Eigentümer die Bereitschaft zum jeweils nötigen Grundstücksverkauf erklärt. Schon deshalb wären jetzt angefangene Planungen herausgeworfenes Geld.

Herr Schernikau korrigiert Herrn Wuttke in einer seiner Aussagen. Die Verwaltung hat ihren ursprünglichen Vorschlag, die Planung vorübergehend zu beerdigen, zurückgenommen. Schon im Mai 2011 hatte die CDU vorgeschlagen, den Fuß- und Radweg auszubauen, weil es sich dabei um eine echte Infrastrukturmaßnahme handeln würde. Gleichwohl besteht jetzt die Notwendigkeit, mit den anliegenden Grundstückseigentümern zu reden, so Herr Schernikau. Die CDU wird dem Antrag zustimmen, aber einen Sperrvermerk beantragen.

Frau Koschorrek ist mit den Aussagen Herrn Schernikaus grundsätzlich einverstanden. Die FDP ist ganz wild auf diesen Fuß- und Radweg. Aber der Haushalt wird belastet. Mit oder ohne Sperrvermerk. Sie hat immer noch keine Kompensationsvorschläge gehört. Daher ist sie d' accord mit dem Vorschlag Herrn Eichhorns.

Herr Funck für die WSI führt aus, dass die WSI auch für den Ausbau dieses Weges ist. Aber nicht in 2017, sondern in 2018. Bis dahin sollte die Verwaltung die Gespräche mit den Grundstückseigentümern geführt und Lösungen bestenfalls gefunden haben.

Herr Wuttke erklärt, dass die Grüne-Fraktion mit dem Vorschlag von Herrn Schernikau gut leben könne. Ein Kompensierungsvorschlag könnte darin bestehen, andere B-Planungen in der Priorität weiter nach hinten zu stellen, dann wäre Mittel für die Planung dieses Fuß- und Radweges vorhanden. Es ist Aufgabe der Politik, Dringlichkeiten festzustellen und der Verwaltung dann zu sagen, welchen B-Plan sie z.B. 2 Jahre liegen lassen soll.

In der weiteren in Teilen kontroversen Debatte erklärt Herr Eichhorn, dass der Vorschlag Herrn Schernikaus zu einem Sperrvermerk nicht zielführend sei, weil er damit trotzdem keinen Gegenfinanzierungsvorschlag vorgetragen habe und dass Herr Wuttke es sich zu einfach mache mit dem Antrag und der Begründung. So könne man keine Politik betreiben.

Herr Kissig stellt fest, dass alle irgendwie Recht haben. Aber mit dem neuen Steuerungsmodell sind zukünftig Prioritäten zu setzen und es wird nach Prioritäten

zu entscheiden sein. Da das aber erst zum Haushalt 2018 umgesetzt werden soll, ist es jetzt schwierig, zu entscheiden, wie verfahren werden soll. Wenn Herr Eichhorn in gewisser Weise auch Recht hat mit dem Vorwurf, dass es keinen konkreten Gegenfinanzierungsvorschlag gibt, appelliert er dennoch, dem Antrag der Grünen mit der Ergänzung der CDU zuzustimmen.

Herr Dr. Murphy bemerkt, dass ein Geist umgeht im Rathaus. Offenbar der Geist von Neumünster. Dieser hat die Linken aber nur gestreift und eine örtliche Betäubung hinterlassen. Die Linken werden dem Appell Herrn Kissigs folgen und dem Antrag der Grünen mit der CDU-Ergänzung zustimmen.

Frau Leidner vom Jugendbeirat spricht sich ebenfalls für einen Beschluss zu dem Grüne-Antrag aus.

Frau Koschorrek kritisiert, dass Herr Wuttke und Herr Dr. Murphy den Geist von Neumünster durch den Kakao ziehen, mit dem sich immerhin alle Fraktionen auf ein Verfahren zu Gegenfinanzierungen geeinigt hatten. Trotzdem gibt es zu dem grüne-Vorschlag immer noch keinen solchen Vorschlag. Daher kann die FDP dem Antrag nicht zustimmen.

Es folgt noch eine weitere etwa 5 minütige Aussprache. Dann lässt der Stadtpräsident über die Anträge abstimmen.

Beschluss über den Antrag von Herrn Eichhorn zur Verweisung in den Planungsausschuss:

Der Antrag wird mit 12:19:0 Stimmen abgelehnt.

Beschluss über den Antrag der Grüne-Fraktion inkl. des Ergänzungsantrags der CDU zu einem Sperrvermerk:

Der Antrag wird mit 19:12:0 Stimmen angenommen.

Es gibt einen weiteren Antrag der Grüne-Fraktion zu einem Zuschuss für den Schrebergartenverein Wedel. Antrag und Begründung sind wiederum dem Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Grabau trägt den Antrag und die Begründung vor. Er appelliert eindringlich, dem Schrebergartenverein, immerhin zweitgrößter Verein Wedels, den Zuschuss zu gewähren. Auch, weil die Versicherung drängelt. Der Beginn des Neubaus muss innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen. Außerdem ist der Betrag im Haushalt enthalten.

Herr Thöm informiert darüber, dass der Umwelt-,Bau- und Feuerwehrausschuss über das Thema diskutiert und eine Zuschussgewährung abgelehnt hatte, weil es sich bei dem Brand um einen Versicherungsschaden handelte und nicht geklärt war, was die Versicherung zur Wiederherstellung des Vereinshauses an Kosten übernimmt und was nicht. Die Information liegt seines Wissens bis heute nicht vor. Seltsam ist es aus seiner Sicht auch, dass der Verein plötzlich 2 Büroräume errichten will. Diese waren nicht Bestandteil des abgebrannten Vereinshauses.

Herr Grabau erwidert, dass der Verein die Büroräume brauche, da er aus den bisherigen Büroräumen in der Alten Stadtbücherei heraus musste.



Herr Schwartz merkt an, dass das Thema bereits 2 x im Fachausschuss behandelt wurde und es in beiden Fällen keine Mehrheit für eine Zuschussgewährung gegeben hatte. Herr Schwartz korrigiert außerdem die Aussagen Herrn Grabaus, dass der Betrag im Haushalt enthalten sei. Dieses ist unrichtig. Der Fachausschuss hat die Aufnahme eines solchen Zuschussbetrages in den Haushaltsentwurf 2017 abgelehnt.

Herr Rüdiger für die SPD-Fraktion erklärt, dass die SPD sich einen Zuschuss grundsätzlich vorstellen könne, aber zur Zeit gibt es noch viele offenen Fragen. Er beantragt daher eine Zurückverweisung in den Fachausschuss.

Herr Dr. Murphy erinnert daran, dass für das Reepschlägerhaus in letzter Minute vor der heutigen Ratssitzung auch noch Haushaltsmittel empfohlen wurden und zwar mit der Begründung, dass das Reepschlägerhaus eine besondere Funktion für die Wedeler Einwohnerschaft habe. Gleiches muss nun seiner Auffassung nach auch für den Schrebergartenverein gelten. Der hat auch eine besondere Funktion für viele Wedelerinnen und Wedeler. Heute kann daher durchaus beschlossen und der Zuschussbetrag mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Herr Funck teilt mit, dass die WSI heute nicht zustimmen möchte. Die WSI kann sich dem Antrag von Herrn Rüdiger auf Verweisung in den Fachausschuss anschließen. Das, so betont Herr Funck ausdrücklich, hat aber nichts mit der Wertschätzung für den Verein zu tun.

Auch Herr Schneider erklärt seine heutige Zustimmung, zumal die Gelder im Haushalt bereitgestellt sind. Für andere freiwillige Leistungen wurden ja auch mal eben 150 Tsd Euro bereitgestellt; und das ohne Gegenfinanzierungsvorschlag.

Herr Kissig für die CDU-Fraktion stellt fest, dass der Verein keineswegs obdachlos ist. Daher wird die CDU dem Antrag nicht zustimmen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rüdiger auf Verweisung in den Fachausschuss abstimmen. Der Rat beschließt mit 10:19:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt beschließt der Rat über den Grüne-Antrag mit 8:23:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt verliest Herr Barop einen Antrag der SPD-Fraktion zur Schulkinderbetreuung. Der Antrag und die Begründung inklusive eines Kompensationsvorschlages sind auch dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Wuttke für die Grüne-Fraktion erklärt, dass die Grünen auch über dieses Thema in der Fraktion diskutiert hatten. Die Grüne-Fraktion ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sie noch Fragen hat. Darum haben die Grünen heute keinen Antrag analog zum Antrag der SPD gestellt. Nach Ansicht der Grünen sollten zunächst offenen Fragen im Fachausschuss geklärt werden. Prinzipiell ist es richtig, was die SPD zu ihrem Antrag ausführt, wenn denn alle Fragen durch die Verwaltung geprüft wurden, kann auch

zügig entschieden werden. Herr Wuttke beantragt Verweisung in den Fachausschuss zwecks Klärung von offenen Fragen.

Frau Kärger ist froh, dass die Eltern in Wedel seinerzeit die Grüne-Fraktion angesprochen hatten. Das war Grund dafür, dass sich die Grüne-Fraktion mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt hat. Richtig ist, dass es noch offene Fragen gibt. Es ist auch nach Meinung von Frau Kärger daher sinnvoll, die offenen Fragen zunächst durch die Verwaltung klären zu lassen, zumal noch bis August 2017 Zeit ist.

Frau Koschorrek für die FDP-Fraktion meint ebenfalls, dass die Prüfergebnisse abgewartet werden sollten und auch Frau Neumann-Rystow für die WSI-Fraktion hält eine Verweisung in den Fachausschuss zur Klärung offener Fragen für sinnvoll.

Herr Schmidt macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport im Januar ausfallen wird. Er sagt zu, dennoch im Januar die Fragen prüfen zu lassen und Ergebnisse zu liefern.

Herr Kissig für die CDU-Fraktion geht auf den Wortbeitrag von Frau Kärger ein. Die Stadt Wedel bekommt nicht alle gezahlten Gelder aus der Kreisumlage zurück. Wedel gehört immer noch zu den wohlhabenden Städten, die viel zahlen und wenig zurückbekommen. Die Grünen wollen die Eltern entlasten. Das will die CDU auch. Aber die Grünen entlasten über die Kreisumlage z.B. die Eltern in Brande-Hörnerkirchen. Die CDU möchte aber lieber die Eltern in Wedel entlasten.

Herr Barop erklärt sich aufgrund der vorangegangenen Diskussion mit einer Verweisung in den Fachausschuss einverstanden.

Der Rat beschließt daher über den Verweisungsantrag von Herrn Wuttke einstimmig:

Beschluss

Der SPD-Antrag zur Schulkinderbetreuung wird in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport verwiesen.

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

7.3.) Haushaltssatzung 2017 Vorlage: BV/2016/124

Herr Scholz gibt die neuen Zahlen, die sich aufgrund der zuvor gefassten Beschlüsse ergeben haben, bekannt. Nach kurzer Aussprache beschließt der Rat mit 29:0:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt die beigefügte Haushaltssatzung 2017:

HAUSHALTSSATZUNG der Stadt Wedel

für das Haushaltsjahr 2017



Aufgrund der §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Rates vom 15.12.2016 - und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde - folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

- | | | | |
|----|---|--|-----------------|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | (Zeilen 10, 19 + 23 im Gesamtergebnisplan) | 72.521.000,00 € |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | (Zeile 17,20 + Zeile 24 im Gesamtergebnisplan) | 71.544.700,00 € |
| | einem Jahresüberschuss von | | 976.300,00 € |

und

- | | | | |
|----|--|--|-----------------|
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | (Zeile 9 im Gesamtfinanzplan) | 69.110.400,00 € |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | (Zeile 16 im Gesamtfinanzplan) | 69.236.500,00 € |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit auf | (Zeile 26 + Zeile 37 + Zeile 38 im Gesamtfinanzplan) | 24.463.400,00 € |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit auf | (Zeile 34 + Zeile 39 + Zeile 40 im Gesamtfinanzplan) | 27.036.900,00 € |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | |
|----|--|-----------------|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 10.674.900,00 € |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 1.000.000,00 € |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 35.000.000,00 € |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 274,94 |

§ 3

Die Hebesätze der Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|---|------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 380% |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 380% |
| 2. | Gewerbesteuer | 380% |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 25.000 EUR.

§ 5

In den Teilfinanzplänen (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsmaßnahme mindestens 50.000 EUR beträgt.

§ 6

1. Die Aufwendungen und zugehörigen Auszahlungen der gebildeten Budgets im Ergebnisplan sind übertragbar. Ausgenommen sind die Ansätze nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und die Verfügungsmittel.
2. Übersteigen die Mehrerträge/Mehreinzahlungen eines Deckungskreises im Budget die Minderererträge/Mindereinnahmen (Anordnungssumme überschreitet die Ansätze) dieses Deckungskreises, so kann der übersteigende Betrag für Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen innerhalb des Deckungskreises verwendet werden. Mehrerträge/Mehraufwendungen sind übertragbar.
3. Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen in den gebildeten Budgets im Finanzplan sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 7

Für den Produktbereich 61 mit den Teilplänen 6110-01000 und 6120-01000 gelten folgende Regelungen:

- a) Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Steuern und allgemeinen Zuweisungen können für Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen im selben Jahr bei Umlagen verwendet werden.
- b) Die Zinsaufwendungen/Zinsauszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig.
- c) Die Tilgungsauszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

1. von dem beschlossenen Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde genehmigt ein Teilbetrag von
2. von den beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt ein Teilbetrag von

Wedel, den

S T A D T W E D E L
Der Bürgermeister

Schmidt

8.) Mitteilungen und Anfragen**8.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste**

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

8.2.) Sonstige mündliche Mitteilungen

Es gibt keine sonstigen mündlichen Mitteilungen.

8.3.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

8.4.) Mündliche AnfragenSpielplatzpatenschaften

Herr Dr. Murphy bezieht sich auf einen Artikel auf wedel.de zu dem Rückbau von Kinderspielplätzen. In dem Artikel heißt es seitens der Verwaltung, dass Spielplatzpatenschaften nicht möglich seien.

In NRW gibt es sehr viele Spielplatzpatenschaften und die Stadt Kiel wirbt ganz offensiv für Spielplatzpatenschaften. Auch in Eckernförde gibt es Spielplatzpatenschaften und aus Hamburg ist zu hören, dass die Stadt gerade die Vergabe an Paten plant.

Herr Dr. Murphy fragt, ob in der Stadt Wedel die Rechtslage anders ist als in den genannten Städten und Ländern oder weshalb ist eine Spielplatzpatenschaft in Wedel nicht möglich?

Herr Schmidt sagt Prüfung und Mitteilung zur nächsten Sitzung zu.

I-Phones und I-Pads

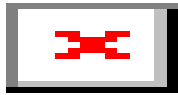
Frau Kärgel führt aus, dass sie gehört habe, dass die Verwaltungsspitze mit I-Phones und I-Pads ausgestattet werden soll. Sie möchte wissen, weshalb es die teuren Geräte von Apple sein müssen.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Anschaffung der Apple-Geräte keine Prestigesache sei, sondern vielmehr neue Geräte angeschafft werden müssen. Die Produktion und Wartung der bisher benutzten Blackberrygeräte wird eingestellt. Apple hat für die Bürokommunikation unter Sicherheitsaspekten und Funktionalitäten die besten Voraussetzungen.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es gibt weder vertrauliche Fragen noch vertrauliche Mitteilungen, daher musste die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden. Der Vorsitzende schließt um 21.21 Uhr die Sitzung, wünscht allen Anwesenden eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Jahr 2017. Sodann lädt er auch im Namen des Bürgermeisters zu einem Umtrunk auf den Weihnachtsmarkt vor dem Rathaus ein.



Ulrich Kloevekorn
Stadtpräsident

Martina Weisser
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

22.12.2016

21.12.2016

